

50 Jahre für die Freiheit  
1958 2008



*Position* **Liberal 101**

## Die künftigen Aufgaben des Liberalismus – eine politische Agenda

Ralf Dahrendorf

**Liberales Institut**

JEDER MENSCH BRAUCHT  
FREIHEIT, UM SEINE  
ANLAGEN UND FÄHIGKEITEN  
ENTFALTEN UND  
VERWIRKLICHEN ZU KÖNNEN.  
ER  
WIRTSCHAFTLICH UND  
WISSENSCHAFTEN, STAGNIERT  
DIE WIRTSCHAFT,  
GÜNSTIGES LEBEN BRAUCHT  
FREIHEIT GENAU, WIE DER  
KÖRPER DIE LUFT ZUM ATMEN.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:  
Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
Spendenkonto: 266 9661 04  
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

Impressum:

Herausgeber  
Liberales Institut der  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam

Tel.: 03 31.70 19-2 10  
Fax: 03 31.70 19-2 16  
[libinst@freiheit.org](mailto:libinst@freiheit.org)  
[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

Produktion  
COMDOK GmbH  
Büro Berlin

1. Auflage 2011

# DIE KÜNFTIGEN AUFGABEN DES LIBERALISMUS – EINE POLITISCHE AGENDA

Themenbericht, Kongress der Liberalen Internationale,  
Pisa, September 1988<sup>1</sup>

Ralf Dahrendorf

---

1 Das Papier wurde lediglich um ausdrückliche Zeitbezüge auf die 80er Jahre gekürzt.



# Inhalt

Vorwort	5
Eine neue Welle der Politik der Freiheit baut sich auf	9
Elementare Menschenrechte sind eine unabdingbare Voraussetzung der Freiheit für alle	10
Die Anerkennung von Komplexität und das Bekenntnis zum Internationalismus sind Bollwerke gegen einen neuen Fundamentalismus und alle Formen des Protektionismus	13
Vielfältiges Angebot zur freien Auswahl durch wirtschaftliches Wachstum und politischen Pluralismus ist eine Voraussetzung für Freiheit...	15
Die Freiheit bleibt unvollkommen ohne Anrechte für alle Bürger durch Beschäftigung und einen reformierten Sozialstaat	17
Gemeinsamer Bürgerstatus und kulturelle Unterschiede können nebeneinander bestehen	22
Verfassungsliberale auf der Suche nach einer Weltbürgergesellschaft	24
Institutionen-Bildung ist zu einer liberalen Aufgabe geworden	26



## Vorwort

„Zwänge setzen Grenzen für das Machbare, aber sie bestimmen nicht darüber, was zu tun ist“, schrieb Ralf Dahrendorf vor mehr als zwanzig Jahren.

Dieser Satz hat für die Lage, in der sich der politische Liberalismus in Deutschland derzeit befindet, unverändert Gültigkeit und vielleicht sogar verstärkte Bedeutung. Dahrendorf hatte seinen Beitrag mit der Überschrift „Die künftigen Aufgaben des Liberalismus – eine politische Agenda“ versehen, und um nicht mehr und nicht weniger als dies geht es auch bei der gegenwärtigen Diskussion.

Der große liberale Soziologe Ralf Dahrendorf schrieb den Text als Themenpapier für den Kongress von „Liberal International“ in Pisa im September 1988; zufällig habe ich ihn wieder in die Hände bekommen und war gleich wieder so angetan von der Stringenz und der inhaltlichen Klarheit, aber auch von der geschichtlichen Einbindung und der Weitsicht der Ausführungen, dass ich angeregt habe, die Ausführungen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Worauf es jetzt ankommt, und was jetzt zu tun ist, ist nicht ein Beipackzettel für das Alltagsgeschäft. Ralf Dahrendorf hat es in dem zitierten Papier sehr treffend ausgedrückt: „Einfache Antworten gibt es nicht, und es sollte sie auch nicht geben. Liberale dürfen sich durch diese Tatsache nicht verunsichern lassen und sollten sich niemals dafür entschuldigen, keine Patentrezepte anbieten zu können. Komplexität anzuerkennen, ist ein wesentliches Element liberalen Denkens.“

Die Politik sieht sich tagtäglich Handlungszwängen gegenüber, die eine schnelle Reaktion und schnell wirkende Maßnahmen erfordern. Eben diese Kunst des Machbaren aber führt in einer immer komplexer werdenden Landschaft von Herausforderungen und Strukturproblemen dazu, dass nicht die Wurzel des Übels angegangen, sondern nur das, was an der Oberfläche erscheint, bearbeitet wird. Auf den ersten Blick sieht es dann aus, als sei das Problem gelöst; auf lange Frist kehrt es aber zurück, und mit ihm wachsen Unzufriedenheit und Vertrauensverlust in die Fähigkeiten von Politik allgemein.

Es muss deshalb für einen politischen Liberalismus, der den Anspruch erhebt, die freiheitliche Bürgergesellschaft zu gestalten, um die Markenpflege des jeweiligen Politikentwurfs, in diesem Fall um die innere Philosophie des freiheit-

lichen Politikentwurfs gehen. Was und wie sollen die Bürger von uns denken, worauf wollen wir hinaus – diese Fragen gilt es zu beantworten.

Immer wieder sind freie Gesellschaften darauf verwiesen, sich selbst zu vergewissern und ein waches Bewusstsein für die Grundlagen und für die Gefährdungen der Freiheit zu entwickeln.

Freiheit in der Bürgergesellschaft konstituiert sich in individuellen Chancen und sozialen Bindungen und Verpflichtungen. Ohne soziale Verpflichtungen, ohne den Bezug auf die Freiheit der anderen und die Freiheit in Gemeinschaft, zerfällt eine „freie“ Gesellschaft. Menschen sind soziale Wesen. Sie können sich selbst nicht bestimmen ohne Bezug zu anderen. Sie können ihre Absichten nicht verfolgen ohne die Begleitung von anderen. Sie können, so Dahrendorf, die Welt nicht kultivieren ohne und für andere.

Eine liberale Ordnung kommt nicht ohne eine befestigte Linie aus. Freie Gesellschaften gründen sich nicht zuletzt auf eine Reihe von Voraussetzungen, die streng genommen gegen die menschliche Natur gerichtet sind, um ein halbwegs friedliches Zusammenleben zu ermöglichen, schreibt Joachim Fest. Selbstverbote, Duldung, Respekt vor Minderheiten, Achtung auf das Recht des Schwächeren und auch auf das des Fremden. Denn nicht überbordende Fürsorge begründet die Existenz eines Staates, sondern einzig die Garantie jener Rechte, welche die Person und ihr privates Leben vor fremden Übergriffen schützen soll, sagt Wolfgang Sofsky. Auch der Schutz des Einzelnen in einer sozialen Umgebung, in der er seine Rechte de facto nicht mehr umsetzen kann, gehört zu einem Rechtsstaat (von Weizsäcker). Es gibt klassische Abwehrrechte, die Bürger haben und behalten müssen.

Es sind die Bürger und niemand anderes, die den Staat in schwierigen Fällen dazu ermächtigen, im Interesse der Sicherheit aller in vertretbarem Umfang Rechte einzuschränken. „Es gibt zivilisatorische Bestände der Freiheit und des Rechtsstaates, die niemals preisgegeben werden dürfen“ (Fest).

Freie Gesellschaften müssen eine Kultur des Umgangs mit Unterschieden und Ungleichheiten entwickeln, wenn sie Gerechtigkeit gegenüber jedermann üben wollen. Gerechtigkeit braucht einen sozialen Maßstab. „Es gefährdet die Grundlagen der Freiheit, wenn der Erfolg eine Quelle des Neides und der Missgunst wird“, schreibt Udo di Fabio. „Wer sich bemüht und erfolgreich ist, hat Anspruch auf Achtung.“ Was jemandem zusteht oder billigerweise auch gegönnt werden muss, ist das, was er unter fairen Spielregeln ohne Beeinträchtigung der Rechte anderer erreicht hat, schrieb John Rawls dazu. Ich beschreibe diese



Kultur und diese Notwendigkeit schon länger mit Fairness und halte Fairness für eine Haltung, auf die der politische Liberalismus Wert legen sollte, denn sonst bleibt es bei dem, was Schopenhauer gesagt hat. „Für Deutschland ist die höchste Form der Anerkennung der Neid.“

Die Umverteilungsmarge des Sozialbudgets wird häufig als wichtigstes Kriterium der moralischen Qualität sozialstaatlicher Politik empfunden. Den Eindruck von Gerechtigkeit aufrechterhalten, um die Gunst des Wählers nicht zu verlieren, das ist die Gleichung, die den meisten sozialpolitischen Verteilungskonzepten der Gegenwart zugrunde liegt. Gerade in der Sozialpolitik funktioniert vieles nach dem Motto: „Wer bietet mehr.“ Das ist aber kein Maßstab für soziale Gerechtigkeit. Es muss um soziale Teilhabe gehen.

Ein Zusammenspiel von wirtschaftlichem Wachstum und Bürgerrechten in Form von Anrechten und Optionen ist möglich, und Dahrendorf formuliert zutreffend: Man kann sowohl einen reich gedeckten Tisch als auch Platz für alle an ihm haben. Die Freiheit bleibt aber unvollkommen ohne Anrechte für alle Bürger durch Beschäftigung und einen reformierten Sozialstaat.

Dies führt zu einem höchst bedeutsamen Bereich, in dem der politische Liberalismus Wegmarken setzen muss. Lernen ist der entscheidende Nachhaltigkeitsfaktor – wirtschaftlich, kulturell, sozial und politisch. Die Steigerung der Bildungsausgaben allein reicht dabei allerdings nicht aus. Auch nicht mehr Unterricht, ein Zentralabitur, neue Lehrpläne oder Qualitätsprogramme. Es geht nicht um laute Innovationsgeräusche, wie mancher Bildungsgipfel sie erzeugt. Es geht um Fähigkeiten, es geht um Kompetenz zu und in Veränderungen und Herausforderungen. Eine eigene Biografie zu schreiben verlangt ein komplexes Ensemble von Wissen und Können, von Charakter und Haltung, von Allgemeinbildung und Schlüsselqualifikation. Man braucht eben etwas, an dem Abzumühen sich lohnt, an einer begrenzten Zahl von Gegenständen. Lernen zu lernen, einzuüben, worauf es im Leben ankommt. Gefordert sind dabei vor allem Lehrer und Elternhäuser. Es geht um die Art und Weise, wie Wissen in der Schule vermittelt wird. Lehrer müssen für das, was sie vermitteln, stehen und auch die Bedeutung des Vermittelten, seine „soziale Relevanz“ (Hurrelmann), erklären können.

Der Liberalismus muss sich nicht neu erfinden – das zeigt sich auch daran, dass wir Papieren wie dem hier vorgelegten auch nach mehr als zwei Jahrzehnten politischer Diskussion noch folgen können. Es geht um ein gutes Stück innerer Philosophie eines freiheitlichen Politikangebots.

Ich freue mich und bin dankbar, dass die Witwe Ralf Dahrendorfs es der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ermöglicht hat, den Text aus dem Jahre 1988 zu publizieren und empfehle den folgenden Bericht einer intensiven und sorgfältigen Lektüre.

Dr. Wolfgang Gerhardt,  
Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Berlin, im Juli 2011

## Eine neue Welle der Politik der Freiheit baut sich auf

Die vorliegende Schrift ist eine Agenda für die Politik der Freiheit. Statt detaillierter Politikvorschläge bietet sie Prinzipien und einen Richtungssinn an. Das soll nicht heißen, dass die Schrift eine Übung in politischer Philosophie ist. Sie befasst sich mit den Problemen im festen Glauben an das Primat der Freiheit der Person.

Es gibt einige Anzeichen für Dogmatismus und Unüberlegtheit. Es gibt diejenigen, die alle Antworten zu kennen glauben, und viele andere, denen es schwerfällt, den Sinn der Gegenwart zu verstehen und noch schwerer, die nächsten Schritte in die Zukunft zu planen. Liberale verabscheuen Dogmatismus und suchen nach einem überlegten Weg in die Zukunft. Außerdem sind sie sich im Klaren, dass die Politik von heute unter Zwängen arbeitet, die einseitiges Handeln nicht beseitigen kann. Deshalb muss eine liberale politische Tagesordnung mit der Anerkennung dieser Zwänge beginnen und dann zu den Handlungsprioritäten übergehen.

Diese Schrift ist von einem Europäer verfasst. Sie verrät zweifellos die Grenzen dieses „cultural bias“, der Neigung zu einer bestimmten Sicht der Welt. Die Intention dieser Agenda ist jedoch universell. Leitideen kennen keine Grenzen. Die Würde des Einzelnen ist in Bürgergesellschaften am besten geschützt, und die Schaffung von Bürgergesellschaften überall auf der Erde muss letztendlich zur Errichtung einer Weltbürgergesellschaft führen.

Die vorliegende Schrift scheut bloße Etiketten, jedoch soll die Agenda der neuen Welle einer Politik der Freiheit Substanz geben.

Wirtschaftlich ist die weltweite Interdependenz nie ausgeprägter gewesen. Wohlstand für alle hängt von der Aufrechterhaltung des Freihandels und stabiler Austauschbedingungen ab. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften erfordert oftmals schmerzliche Anpassungen an die internationalen Realitäten.

Zwänge setzen Grenzen für das Machbare, doch sie bestimmen nicht darüber, was zu tun ist. Außerdem sind sie veränderbar, und einige von ihnen müssen verändert werden. Sie können jedoch nicht ignoriert werden. Politik, gleich welcher parteilichen Färbung, beginnt mit der Anerkennung der Realitäten, wenn sie nicht belanglos und ineffektiv sein soll. Liberale Politik, der es um die Veränderung der realen Welt geht, um die Lebenschancen realer Menschen

voranzubringen, anerkennt sicherlich die außen- und wirtschaftspolitischen Zwänge als ihre Ausgangsbasis. Deshalb teilt sie bestimmte Grundorientierungen mit all den anderen, die die Realitäten anerkennen:

- Frieden erfordert Beziehungen zwischen den Mächten und ihren Bündnissen, die auf eine Verhandlung über Abrüstung, eine glaubhafte Strategie zur Vermeidung bewaffneter Konflikte und den Ausbau der Beziehungen zwischen Ländern unterschiedlicher Systeme abzielen.
- Entwicklung erfordert gemeinsame Anstrengungen all derer, die ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse voranzubringen versuchen und all derer, die in der Lage sind, Hilfe zu leisten.
- Überleben erfordert konzertierte Maßnahmen zum Schutz der physischen Lebensgrundlagen auf der Erde, die den Schutz und zum Teil auch die Wiederherstellung einer lebensfähigen Umwelt, die kontrollierte Nutzung von Ressourcen und die Abstimmung zwischen Bevölkerungsentwicklung und Wohlstandspotenzial einschließen.
- Wohlstand erfordert ein Bewusstsein der Kräfte der Weltwirtschaft, das Anpassungsprozesse zur Erzielung von Wettbewerbsfähigkeit mit der Suche nach festen Regeln, insbesondere im Hinblick auf das Währungssystem, verbindet.
- Fortschritt erfordert das Eindämmen fundamentalistischer Politik und die Entwicklung eines vernünftigen weltkulturellen Diskurses.

Diese Orientierungen sind nicht typisch liberal, doch Liberale sind Teil eines politischen Universums, das sie als Handlungsvoraussetzungen akzeptiert.

## **Elementare Menschenrechte sind eine unabdingbare Voraussetzung der Freiheit für alle**

Selbst wer den Liberalismus für antiquiert erklärt, räumt in der Regel ein, dass zumindest manche seiner Grundsätze breite Akzeptanz gefunden haben und oftmals in der Verfassung verankerte Elemente moderner Gesellschaften geworden sind. Von einigen wurde sogar die Ansicht vertreten, der Erfolg liberaler Werte habe liberale Politik überflüssig gemacht. An solchen Äußerungen mag etwas Wahres sein, jedoch ist Skepsis angesagt, wenn geltend gemacht

wird, dass „wir heute alle Liberale sind“. Geschichte ist keine Einbahnstraße. Einige aktuelle Themen treffen einen empfindlichen Nerv der Freiheit, und andere lassen altehrwürdige liberale Prinzipien erneut lebendig werden. Es wäre falsch, über die künftigen Aufgaben des Liberalismus zu diskutieren, ohne diese Prinzipien wiederaufzugreifen.

Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als politische Philosophie der Bürgergesellschaft und der Rechte, die seine primäre Voraussetzung sind. Alle Menschen sind unverletzlich, und es ist Aufgabe der politischen Gemeinschaft, ihre Integrität zu bewahren. Dies ist eine Schutzaufgabe und eine Aufgabe, die Chancen schafft.

Die Menschen müssen vor physischer und psychischer Gewalt, vor willkürlicher Verhaftung und Folter sowie vor subtileren Kontrollen geschützt werden. Sie müssen die Chance bekommen, ihre Meinung zu sagen und sich am Entscheidungsprozess über ihre Angelegenheiten zu beteiligen. Außerdem besitzen alle Menschen ohne Rücksicht auf ihr Geschlecht, ihre Rasse oder ihren Glauben diese grundlegenden Anrechte.

Man braucht nur an diesen Grundsatz des Liberalismus zu erinnern, um sich der Tatsache bewusst zu werden, dass Vieles getan werden muss, um das grundlegende Prinzip Wirklichkeit werden zu lassen. Verschiedene Verletzungen elementarer Menschenrechte bedürfen besonderer Beachtung:

- In einer erschreckend großen Zahl von Ländern werden Menschen ohne Gerichtsverfahren verhaftet, unter Ausschluss von Rechtsmitteln in Haft gehalten, misshandelt und gefoltert. In diesen Ländern haben sich Menschenrechtsgruppen gebildet, doch ihre Agenda bleibt enorm groß. Es ist eine Agenda für Liberale.
- In wiederum anderen Ländern hindern konstitutionelle und rechtliche Barrieren die Menschen mehrheitlich an der Ausübung ihrer Bürgerrechte. Wenn ein solches Vorrecht – und die daraus folgende Diskriminierung – im Rechtssystem verankert wird, werden die Grundprinzipien freier Gesellschaften infrage gestellt. Die in souveränen Ländern geltenden Regeln lassen sich von außerhalb nicht so einfach verändern, doch man kann es versuchen. Die Rechte der Unterdrückten müssen geschützt werden.
- De facto, wenn auch im Allgemeinen nicht de jure, wird selbst in den zivilisiertesten Gesellschaften wichtigen Gruppen die volle bürgerliche Teilnahme immer noch versagt. Fest verwurzelte soziale Hindernisse stehen einer

wirksamen Gleichberechtigung von Frauen und rassischen, ethnischen und religiösen Minderheiten im Weg. Soziale Bewegungen sind entstanden, um diese Anliegen voranzubringen. Es sind liberale Anliegen.

- Wissenschaft und Technologie bieten enorme Chancen, doch sie bringen auch neue Bedrohungen für den Menschen. Dabei handelt es sich teilweise um Bedrohungen für seine körperliche Unversehrtheit und teilweise um Bedrohungen für seine Autonomie. Seit dem Zeitalter des Totalitarismus haben die Möglichkeiten der Manipulation erheblich zugenommen und eröffnen beängstigende Perspektiven. Insbesondere die neuen Risiken der Gentechnologie bedürfen der Aufmerksamkeit der Liberalen.

Die Liste ist leider äußerst lückenhaft. Zensur, Polizeigewalt, Amtsmissbrauch, die Versagung von Wahlrechten, Informationsfreiheit und viele andere Fragen sind noch nicht einmal erwähnt worden. Die „Menschen- und Bürgerrechte“ werden nicht nur nie ganz, sondern vor allem auch nie ein für alle Mal verwirklicht.

Es ist zu einer weithin akzeptierten Gewohnheit geworden, Bürgerrechte und soziale Position miteinander in Zusammenhang zu bringen. Armut wird als Menschenrechtsverletzung bezeichnet, die nicht weniger verabscheuenswürdig ist als willkürliche Verhaftung. Liberale müssen sich vor einer solchen Sprachverwirrung hüten. Extreme Armut ist so verabscheuenswürdig wie willkürliche Verhaftung. Aber der Standpunkt, dass Armut und Arbeitslosigkeit für manche eine inakzeptable Versagung von Bürgerrechten sind, muss darauf achten, dass Menschenrechte Menschenrechte sind und wirtschaftliche oder soziale Positionen wirtschaftliche oder soziale Positionen. Es ist irreführend, die beiden durcheinanderzubringen oder zu versuchen, sie gegeneinander abzuwägen. Für Menschenrechtsverletzungen gibt es keine Entschuldigung. Die liberale Forderung nach den elementaren Menschenrechten ist bedingungslos und nicht verhandelbar.

Die Menschenrechte sind ebenso wenig ein westliches Kulturvorurteil. Die Würde des Menschen kennt keine Grenzen. Kulturunterschiede wirken auf viele Lebensbereiche ein; das Recht auf Andersartigkeit ist allein schon schützenswert. Das Beharren auf grundlegenden Menschenrechten ist jedoch universal. Daher ist es das gemeinsame Anliegen der Liberalen überall auf der Welt.

## **Die Anerkennung von Komplexität und das Bekenntnis zum Internationalismus sind Bollwerke gegen einen neuen Fundamentalismus und alle Formen des Protektionismus**

Die oben genannten Zwänge der Zeit haben alle die Tendenz, Menschen in eine Richtung zu drängen. Sie verpflichten uns, internationale Verflechtungen und Verantwortlichkeiten zu akzeptieren, und aus dem gleichen Grund zwingen sie uns, mit der Komplexität zu leben. Sie sind weder unilateral noch einfache Antworten auf wichtige politische und wirtschaftliche Herausforderungen. Die Politik von heute erfordert mündiges und selbstbewusstes Handeln, wenn der Sache der Freiheit Vorschub geleistet werden soll. Zu einem solchen Handeln sind jedoch viele nicht bereit oder nicht in der Lage. Sie versuchen, sich den Anforderungen einer komplexen, interdependenten Welt zu entziehen. Von der nationalistischen Rechten bis hin zur Linken sind Unilateralismus und Fundamentalismus zu populären politischen Philosophien geworden.

Es mangelt nicht an Beispielen. Auch in diesem Fall können nur die markantesten – und am dringendsten eines Gegensteuerns bedürftenden – genannt werden.

- In einer Zeit der effektiven Internationalisierung ökonomischer Tätigkeit macht sich ein ökonomischer Nationalismus breit. Dies kann sich in unterschiedlicher Form manifestieren. Natürlich muss es den Ländern freistehen, ihre Wettbewerbsfähigkeit durch positive wirtschafts-, sozial- und bildungspolitische Maßnahmen zu steigern. Wenn sie sich jedoch Vorteile durch Errichten von Schranken für Güter und Dienstleistungen anderer oder künstliche Vorteile für ihre eigenen zu schaffen versuchen, verletzen sie die Spielregeln, die eine notwendige Bedingung von Wohlstand für alle sind.
- Die Bedürfnisse der Entwicklungsländer sind größer als je zuvor. Das Zusammenwirken von Bevölkerungswachstum, Schuldenlast, Epidemien, der Fragilität indigener Eliten sowie inneren und äußeren Kriegen schafft ein geradezu unheilvolles Dilemma. Gleichzeitig scheint sich in den OECD-Ländern Rückzugstimmung und eine Politik des „benign neglect“, der wohlwollenden Vernachlässigung, breitzumachen. Das ist moralisch inakzeptabel. Außerdem dürfte es mittelfristig die Weltordnung untergraben. Ein neuer Entwicklungsansatz steht auf jeder liberalen Tagesordnung ganz oben.
- Ein weiteres Problem, das mit dem ökonomischen Nationalismus einhergeht, ist die Ausbreitung des so genannten sozialen Protektionismus. In vielen Ländern haben sich wichtige Gruppen geweigert, Versuche eines Zusammenlebens mit Andersgläubigen oder Angehörigen einer anderen Rasse

fortzusetzen. Forderungen nach Homogenität sind an die Stelle zivilisierter Heterogenität getreten. Oftmals geben diese Forderungen Anlass zu Gewalt. Auf jeden Fall sind sie ein überzeugendes Beispiel für die offenkundige Unfähigkeit vieler, mit Komplexität zurechtzukommen.

- Die Debatte über Modernität ist Bestandteil desselben Trends. Unter Intellektuellen manifestiert sie sich als Suche nach einer „Postmodernität“, die oft antimodern ist, das heißt antiindividualistisch und antirational. Andere verwandeln eine begründete Skepsis gegenüber der moralischen Zweideutigkeit von Wissenschaft und Technologie in absolute Forderungen nach Technikablehnung, die – wenn ihnen stattgegeben würde – zu massiven Einschränkungen nicht nur des Wohlstands, sondern auch des Handlungsspielraums der Menschen führen würden. Die Debatte über die Kernenergie liefert Beispiele dafür ebenso wie der Dogmatismus „alternativer Lebensformen“. Die „Politik des Kulturpessimismus“ ist wieder in Mode.

Angesichts dieser Entwicklungen fordert die Politik der Freiheit die erneute Bekräftigung zweier wichtiger Grundsätze. Der eine lautet: Die Welt ist nicht einfach. Sie war es nie; doch je größer das Zivilisationspotenzial, desto dringender die Notwendigkeit, Komplexität anzuerkennen. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Komplexität anzuerkennen heißt nicht, dass wir versuchen, eine komplexe Welt durch ein ebenso kompliziertes politisches Organisationssystem zu beherrschen. Vielmehr heißt es, das Wirken autonomer Kräfte zuzulassen, nur beschränkt durch Regeln, die zum Schutz des Einzelnen vorgesehen sind. Komplexität bedeutet, dass wir ebenso sehr zuhören und beobachten, wie wir organisieren und eingreifen. Sehr oft findet die „Marktgesellschaft“ ihren eigenen Weg besser, als es jeder Planer könnte. Was wir brauchen, ist eine altliberale Haltung. Einfache Antworten gibt es nicht, und es sollte sie auch nicht geben. Liberale dürfen sich durch diese Tatsache nicht verunsichern lassen und sollten sich niemals dafür entschuldigen, keine Patentrezepte anbieten zu können. Komplexität anzuerkennen, ist ein wesentliches Element liberalen Denkens. In diesem Sinne bleibt der Liberalismus eine eindeutig moderne Denkrichtung.

Liberale sind dem Internationalismus verpflichtet. Damit ist in erster Linie eine Geisteshaltung gemeint, die in politische Entscheidungen einfließt. Darüber hinaus ist damit auch eine Verpflichtung gemeint, bisher rudimentäre Bemühungen, Völkerrecht zu schaffen, zu verstärken. Dies setzt wiederum die Anerkennung internationaler Organisationen voraus. Einige der nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten Organisationen sind reformbedürftig, doch ein Austritt aus ihnen, ganz zu schweigen von ihrer Abschaffung, ist unangemessen. Eine



von allen Staaten geachtete Weltordnung bleibt auch in einer Zeit, in der die vorhandenen Organisationen unter Druck stehen und in vielen Fällen reformbedürftig sind, ein wichtiges Ziel.

## **Vielfältiges Angebot zur freien Auswahl durch wirtschaftliches Wachstum und politischen Pluralismus ist eine Voraussetzung für Freiheit...**

Das zentrale Thema auf der Tagesordnung des Liberalismus ist auch das Band, das neuzeitliche Liberale mit ihren Ursprüngen in den großen Revolutionen des 18. Jahrhunderts verbindet. Es lässt sich in eine einzige Frage fassen: Wie können wir sowohl wirtschaftliches Wachstum als auch Bürgerrechte für alle erreichen? Die Frage hat allgemeinere Implikationen. Wie können wir ein breites Angebot an Wahlchancen und effektive Zugangsmöglichkeiten zu diesem Angebot für jeden Einzelnen sichern? Ich will diese Wahlchancen, die eine große Vielfalt unterschiedlicher ökonomischer Güter und Dienstleistungen wie auch kultureller und politischer Alternativen umfassen, als Angebot bezeichnen; und ich will die Eintrittskarten zu diesen Wahlchancen, die Zugangsmöglichkeiten, als Anrechte bezeichnen.

Zwischen den beiden besteht kein notwendiger Trade-off. Man kann sowohl einen reichgedeckten Tisch als auch Platz für alle an ihm haben. Die Liberalen des 18. Jahrhunderts kämpften für beides – für Anrechte und Angebot. Sie forderten und erhielten Bürgerrechte, beginnend mit der Gleichheit vor dem Gesetz und dem Recht, Verträge zu schließen, und sie bauten expandierende Industriewirtschaften sowie Mehrparteienstaaten auf. Wichtige Autoren von Adam Smith über Wilhelm von Humboldt bis hin zu John Stuart Mill haben diese Agenda entwickelt. Im 19. Jahrhundert und in gewissem Maß bis zum heutigen Tag fielen die beiden ursprünglichen Ziele des Liberalismus auseinander. Die Liberalen blieben Verfechter der Wahlfreiheit und der Angebotsvielfalt, doch viele von ihnen tendierten zur Unterstützung von Versuchen, die Zugangstüren zu schließen. Selbst der Kampf um das allgemeine Wahlrecht wurde nicht immer von liberalen Parteien geführt, geschweige denn der Kampf um die Hinzufügung sozialer Garantien zu den Bürgerrechten. Man könnte argumentieren, dass der Sozialismus nie die Oberhand gewonnen hätte, wenn die Liberalen die Partei der Anrechte geblieben wären. Nur die amerikanischen Liberalen – die demokratische Partei – haben dieses Kunststück vollbracht; die meisten anderen sind der Verlockung von Privilegien für die Arrivierten und somit der Ausschließung derer, die nicht dazugehörten, erlegen.

Dieser Schwäche lag eher Interesse als Überlegung zugrunde. Die meisten Denker teilten sie in der Tat nicht. Schließlich war John Maynard Keynes Liberaler. Sein Begriff der effektiven Nachfrage („effective demand“) verknüpft die Schaffung von Anrechten auf Teilnahme am Markt mit starken Impulsen für wirtschaftliches Wachstum. Dasselbe Rezept wäre heute nicht anwendbar, doch seine Chronik zeigt, dass keine Notwendigkeit bestand, zwischen Anrechten und Angebot zu wählen. William Beveridge war Liberaler. Er entwarf eine freie Gesellschaft, die jedem Bürger von Rechts wegen eine bestimmte soziale Position garantiert. Dahinter stand auch der Gedanke, dass durch eine solche Zugangsgewährung für jedermann die Wahlchancen eher zunehmen als abnehmen würden. Auch hier ist das Problem heute anders gelagert, doch das Vertrauen in die Antworten von Keynes und Beveridge – die Verbindung von Anrechts- und Angebotsveränderungen – prägt wie keine andere Idee die künftigen Aufgaben des Liberalismus.

Wenn Liberalismus eines ist, dann eine politische Theorie der Neuerung und des Wandels. Individuellen Lebenschancen kann nicht durch Stagnation Genüge getan werden; sie erfordern die unermüdliche Suche nach immer neuen Möglichkeiten. Im 19. Jahrhundert und danach begingen die Liberalen, die ihre neu erlangte Position zu einer privilegierten machten, Verrat am Anrechtsaspekt des Liberalismus. In jüngerer Zeit jedoch gab es andere, die glaubten, dass der Konsens zwischen allen relevanten Gruppen innerhalb korporatistischer Strukturen ein liberales Ziel sei, und sie missbrauchten das Auswahl- oder Angebotsselement des Liberalismus. Korporatismus stärkt die Bürokratie und schwächt die Freiheit. So oder so kann es niemals Ziel der Liberalen sein, Türen zu schließen und den Zutritt neuer Ideen oder Menschen zu verhindern.

Die Konsequenzen, die sich aus dieser Analyse mit Blick auf die Aufgaben des Liberalismus ergeben, sind vielfältig. Weder ist wirtschaftliches Wachstum ein Ziel in sich, noch ist jede Form von Wachstum akzeptabel. Doch die Begünstigung von Innovation und Wachstum einschließlich besserer Chancen für das Individualeinkommen erweitert die Lebenschancen. In diesem Sinne sind die vorstehend als charakteristisch beschriebenen wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen liberale Aufgaben. Zudem ist Auswahl nicht auf die Wirtschaft beschränkt. In vielen Ländern werden wichtige Debatten über Vielfalt in der Bildung und in den Medien geführt. Dies sind komplexe Fragen, jedoch sollten Liberale in solchen Debatten auf der Seite der Vielfalt und nicht der Reglementierung stehen.

Dies gilt im Wesentlichen auch für eines der wichtigsten Themen, den Wohlfahrtsstaat. Bevor jedoch auf dieses Thema eingegangen wird, muss die Argu-

mentation auf den Kopf gestellt werden. Somit ist das, was bisher über neue Probleme gesagt wurde, nur die halbe Wahrheit. Ein wachsendes Angebot hat neue Anrechtsfragen geschaffen. Nicht alle haben von den eröffneten Wahlmöglichkeiten profitiert; tatsächlich sind einige an und über den Rand gedrängt worden.

Zeiten der Auswahl sind auch Zeiten einer wachsenden Unsicherheit der Bürgerschaftlichkeit gewesen. Neue Barrieren sind errichtet worden, die den Zugang zu den Lebenschancen der Gesellschaft behindern, und wenn die Liberalen sie nicht mit derselben Leidenschaft bekämpfen wie die Gefahren der Stagflation, werden sie ihrer Aufgabe nicht gerecht.

## **Die Freiheit bleibt unvollkommen ohne Anrechte für alle Bürger durch Beschäftigung und einen reformierten Sozialstaat**

Theoretiker eines neuen Unternehmertums glauben, dass sich durch Wachstum alle anderen Probleme lösen lassen. Viele glauben immer noch, dass wirtschaftliche Entwicklung zu gegebener Zeit zum Abbau von Arbeitslosigkeit und Armut führen wird. Sie wenden gewissermaßen eine „Trickle-down-Theorie“ auf OECD-Länder an. Es gibt jedoch Anzeichen, dass sie sich im Irrtum befinden. Genau wie in den Entwicklungsländern sickerte der Reichtum nicht über bestimmte Zugangshindernisse hinweg nach unten durch, sondern blieb ein Privileg, was bedeutet, dass der neue Wohlstand der OECD-Welt manche völlig außen vor lässt. Die Arbeitslosigkeit wird zur Dauerarbeitslosigkeit und die Armut zur dauerhaften Armut. Der Unterschied besteht darin, dass in den Entwicklungsländern eine Minderheit privilegiert ist und die Mehrheit ausgeschlossen bleibt, während in den OECD-Ländern die Mehrheit darauf hoffen darf, von einer neuen Blütezeit des Angebots zu profitieren. Diejenigen, die draußen bleiben, sind eine Minderheit von etwa zehn Prozent, vielleicht weniger in manchen Ländern, doch eher mehr in anderen.

Deswegen ist das Problem dennoch ernst. Eine Gesellschaft, die das Fortbestehen einer Unterklasse systematisch benachteiligter Menschen zulässt, gibt nicht nur das Prinzip des allgemeinen Bürgerstatus preis, sondern sie schafft eine Gruppe, die keinen Anteil an ihren Werten hat. Die sich ergebende Herausforderung für Institutionen wird durch die Entwicklung einer „Grauzone“ zwischen denen, die drin sind, und denen, die draußen sind, noch weiter verschlimmert. Besondere Probleme ergeben sich für junge Menschen, die in einer

solchen Welt keine Zukunft für sich sehen und sich stattdessen für Drogen, Kriminalität oder bloßen Rückzug entscheiden.

In politischer Hinsicht bedeutet das, dass es neue Anrechtsprobleme gibt, die als solche gelöst werden müssen. Sie erfordern Maßnahmen, die sich nicht automatisch aus wirtschaftlichem Wachstum ergeben, und breiter gefächerte Positionen. Soziale und politische Maßnahmen sind notwendig, die die Mehrheit möglicherweise als schmerzhaft empfindet, weil sie die Umverteilung von Privilegien mit sich bringen. Ziel ist die erneute Bekräftigung der Bürgerrechte für alle. Unterschiede sowie Ungleichheiten in der sozialen und wirtschaftlichen Position sind hinnehmbar – in der Tat sind sie oftmals Quellen der Innovation und des Fortschritts –, solange der Zugang zu voller sozialer und politischer Teilhabe für alle gilt; neue Zugangshindernisse erfordern jedoch eine neue Bürgerschaftspolitik.

Anders ausgedrückt lassen sich Einkommensunterschiede, Unterschiede im Bildungsstand und sogar im politischen Einfluss ertragen, wenn es einen gemeinsamen Fußboden gibt, auf dem alle Männer und Frauen stehen können. Dieser gemeinsame Ausgangspunkt ist abermals in Gefahr.

Zwei wichtige Aktionsbereiche stehen im Vordergrund. Der eine ist der Bereich Arbeit und Beschäftigung, der andere der Wohlfahrtsstaat. Die beiden hängen zusammen und könnten letztendlich ein Maßnahmenpaket erfordern. Rein theoretisch könnte das Problem der Arbeitslosigkeit in Europa durch die Flexibilität der Realeinkommen nach unten (sinkende Reallöhne und niedrigere Lohnnebenkosten) gelöst werden, doch wenn dieser Weg gewählt würde, hätte er den (amerikanischen) Effekt, Arbeitsplätze zu schaffen, jedoch zu dem Preis einer zunehmenden und immer unbezwingbareren Armut. Davon ausgehend, dass die sozialen sowie wirtschaftlichen Bedingungen gegeben sind, können die beschäftigungs- und sozialpolitischen Fragen daher getrennt behandelt werden.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zeigen ein Paradox. Hundert Jahre, wenn nicht gar länger, wurde mit erheblichem organisiertem Aufwand versucht, die Arbeitslast zu verringern. Nicht arbeiten zu müssen, war der Traum von Generationen, die die „Mußeklasse“ um ihre Privilegien beneideten. Mit einem Mal scheinen sich die Lebensabsichten der Menschen ins Gegenteil verkehrt zu haben. „Workaholics“ bevölkern die obersten Etagen der sozialen Hierarchien, während die weniger Begünstigten ohne Arbeit sind oder sich in einem ungeschützten Arbeitsverhältnis befinden. Dieses Paradox bzw. die Erkenntnis, dass Beschäftigung kein Selbstzweck ist, sollten wir nicht vergessen. Es bleibt

jedoch eine Tatsache, dass menschliche Existenz, Selbstachtung und Lebensorganisation in erheblichem Maße direkt oder indirekt von der Beschäftigung abhängen. Schon allein aus diesem Grund ist Arbeitslosigkeit inakzeptabel. Es ist eine Frage des Zugangs zur gesellschaftlichen Teilhabe, ob es Beschäftigungsmöglichkeiten für alle gibt. Um diese Möglichkeiten auch für die derzeit Ausgeschlossenen zu schaffen, ist ein ganzes Bündel komplexer Maßnahmen erforderlich:

- Während die Flexibilisierung der Realeinkommen das Problem nur von der Arbeitslosigkeit zur Armut verlagert, gibt es Elemente der Arbeitsmarktflexibilisierung, die neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen. Neue Vertragsformen erfüllen die Wünsche der Menschen sowie die Bedürfnisse der Unternehmen und Organisationen. Mobilität, insbesondere innerhalb von Unternehmen oder Organisationen, kann Redundanz überflüssig machen.
- Die Arbeit als solche muss umverteilt werden. Es wäre falsch, eine feste Menge an Arbeit zu unterstellen, die unterschiedlich verteilt werden kann, doch selbst wenn man die Dynamik der Arbeitsplatzbeschaffung berücksichtigt, besteht die Gefahr, dass diejenigen, die Arbeit haben, die zusätzlichen Chancen für sich vereinnahmen, und die anderen, die ohne Arbeit sind, das Nachsehen haben. Das ist nicht akzeptabel. Abgesehen von den begrenzten Möglichkeiten einer Arbeitsplatzteilung bedeutet dies, dass diejenigen, die Arbeit haben, einen Teil davon zugunsten derjenigen abtreten müssen, die keine haben. Es gibt eine Methode, die sich vorrangig für diese Zwecke eignet: In Zukunft muss ein noch größerer Teil der Produktivitätssteigerungen in („freie“) Zeit statt in Geld umgewandelt werden. Kürzere Arbeitszeiten schaffen nur dann neue Arbeitsplätze, wenn sie dafür Ressourcen freisetzen. Da die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft über die Privilegien der Beschäftigten wacht, und die Arbeitgeber sich scheuen, mehr Arbeitskräfte einzustellen, ist dies eine Forderung mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten; sie ist dennoch wichtig.
- Die schlimmste und folgenschwerste Form der Arbeitslosigkeit ist die Jugendarbeitslosigkeit. Die Erfahrungen zeigen, dass eine Verknüpfung von beruflicher Bildung und Lehre das einzig wirksame Allheilmittel ist. Die hohen Kosten eines solchen Systems sind gut angelegt.
- Die normalen beschäftigungs- und sozialpolitischen Maßnahmen erreichen die Langzeitarbeitslosen nicht. Für sie sind Ansätze erforderlich, die auf ihre oftmals komplexe Situation zugeschnitten sind, in der persönliches Missgeschick und soziale Benachteiligung untrennbar miteinander verknüpft

sind. Ziel muss sein, die Menschen wieder als Bürger mit den Werten und Chancen der Welt um sie herum zu verbinden. Die wirksamste Eingliederung wird durch Bildung und Ausbildung erreicht, doch diese müssen auf die spezifischen Probleme der Betroffenen ausgerichtet werden.

- Eines der offenkundigen Rätsel von Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit besteht darin, dass so vieles ungetan bleibt, obwohl zehn bis fünfzehn Prozent nichts zu tun haben. Die hier empfohlenen Maßnahmen können zwar etwas bewirken, doch es wird wahrscheinlich auch notwendig sein, vielfältige Möglichkeiten im Sozialbereich anzubieten. Solche Programme müssen und sollten vielleicht nicht verbindlich sein; sie können inhaltlich von Umweltschutzmaßnahmen über die Betreuung Bedürftiger bis zu Hilfseinsätzen in der Dritten Welt reichen.

Auch in der Welt von morgen bedeutet Vollbeschäftigung, dass die Menschen viel „freie“ Zeit haben. Die Erwerbstätigkeit beginnt später, schließt lange Urlaubszeiten ein, füllt nicht die ganze Woche oder nicht den ganzen Tag aus und endet mit der Frühpensionierung. Eine der wichtigsten Aufgaben einer Politik der Anrechte und der Wahlmöglichkeiten ist die Vorbereitung der Menschen auf eine neue Kombination von Tätigkeiten. Dies ist eine Herausforderung für die Bildung. Ohne Frage werden Qualifikationen benötigt, damit die Menschen in der Arbeitswelt zurechtkommen können. Darüber hinaus sind ein allgemeines Kernwissen und Lernmotivation eine Voraussetzung für Flexibilität in einer sich verändernden Welt. Doch auch Bildung ist erforderlich, um die Menschen in die Lage zu versetzen, die durch die Arbeitsreduzierung gewonnene Zeit in Zeiten der Muße, im „dritten Lebensabschnitt“ des Ruhestands sinnvoll zu nutzen. Bildung ist der Generalschlüssel, der den Zugang zu Arbeit, zu den darüber hinausgehenden Lebensaktivitäten und zur Bewahrung einer Kultur der gemeinsamen Werte öffnet. Ein Überdenken ihrer Inhalte und ihrer Institutionen ist daher dringend geboten.

Es ist nun an der Zeit, den Zweck und die Implikationen der Sozialpolitik neu festzulegen. Der Zweck bleibt derselbe – jedem Bürger die Möglichkeit zur vollen Teilhabe an den von der Gesellschaft gebotenen Chancen zu geben. Es ist mit anderen Worten ein allgemeiner, ja sogar universeller Zweck. Alle Versuche, die Sozialpolitik auf eine neue Form des Armenrechts, auf gezielte Maßnahmen für stigmatisierte Gruppen zu reduzieren, sind inakzeptabel. Zu den Implikationen einer bürgerschaftlichen Sozialpolitik gehört jedoch nicht, dass die vorhandenen Strukturen unverändert bleiben können. Ein Überdenken des Wohlfahrtsstaats unter Berücksichtigung des Ziels, die individuellen Lebenschancen zu verbessern, führt zu einer Reihe von Reformen.

- Ab einem bestimmten Punkt führt die gleichzeitige Erhöhung der Direkt-einkommen den Wohlfahrtsstaat ad absurdum. Anders ausgedrückt rechtfertigen höhere Einkommen größere Beiträge des Einzelnen zum sozialen Angebot. Jedes Land scheint im Hinblick auf das staatliche Angebot seine „heilige Kuh“ zu haben; in dem einen Land ist es das Bildungssystem, in einem anderen das Gesundheitssystem und in einem dritten die soziale Alterssicherung. Es wäre daher falsch, konkrete Empfehlungen auszusprechen, die für alle gelten, doch überall sind größere Beträge des Einzelnen angezeigt. Sie können in Form bezuschusster Versicherungen oder rein privater Beiträge geleistet werden, sollten jedoch zu einer Deckelung der öffentlichen Ausgaben in wichtigen Bereichen führen.
- Der Wohlfahrtsstaat hat zur Entstehung gigantischer Bürokratien geführt. Diese sind kostspielig, schrecken Kunden ab und sind unpersönliche Antworten auf sehr persönliche Bedürfnisse. Änderungen sind in drei verschiedenen Richtungen angezeigt. Die erste ist die Vereinfachung der Verfahren. Standardanrechte unterliegen meist der bürokratischen Beurteilung, mit all der damit verbundenen Faktenerfassung und Einkommensprüfung. Die zweite ist die Dezentralisierung. Um wirklich effektiv zu sein, müssen Kompetenzen delegiert werden. Die dritte Richtungsänderung betrifft die stärkere Beteiligung kleiner gesellschaftlicher Gruppen – nicht nur Familien – an der Erbringung von Dienstleistungen (namentlich im Pflegebereich), die die Kapazitäten der Behörden übersteigen.
- Die meisten Länder haben Sozialhilfe- oder Sozialversicherungssysteme aufgebaut, mit einer festen Untergrenze, die in keinem Fall unterschritten werden darf. In vielen Fällen jedoch ist dieses System für Transferzahlungen aus unterschiedlichen Quellen für unterschiedliche Zwecke wie etwa Kindergeld, Wohngeld, Krankengeld usw. zu kompliziert. Besteht die Absicht, ein mit dem Bürgerstatus verbundenes allgemeines Anrechtsniveau festzulegen, spricht vieles dafür, Methoden für die Bereitstellung garantierter Grundeinkommen zu prüfen, insbesondere solche, die mit dem Steuersystem verknüpft werden können („negative Einkommensteuer“). Wenn die praktischen Schwierigkeiten und begründeten Einwände gegen das System überwunden werden können, würde eine Grundeinkommensgarantie den Prinzipien eines liberalen Sozialstaats am nächsten kommen.

Dieser Abschnitt der Agenda für den Liberalismus ist von einem vorrangigen Prinzip durchdrungen. Es gibt diejenigen (einige davon in liberalen und einige in konservativen Parteien), die der Meinung sind, dass die Erweiterung des Angebots, namentlich durch wirtschaftliches Wachstum, Priorität haben sollte,

weil dies eine notwendige und vielleicht sogar ausreichende Bedingung für die Lösung aller anderen Probleme ist. Und es gibt andere (auch in diesem Fall einige in liberalen, jedoch mehr in sozialdemokratischen Parteien), die darauf beharren, dass Anrechtsfragen an oberster Stelle stehen müssen, weil nur Menschen, deren Bürgerrechte geschützt werden, eine moderne Wohlstandsgesellschaft aufrechterhalten können. Beide haben einige Argumente und Fakten auf ihrer Seite, doch in der Praxis zahlen beide den Preis für die Vernachlässigung des berechtigten Anliegens des anderen. Wenn eine politische Agenda festgelegt werden kann, die durch entsprechende Politik mehr Wahlmöglichkeiten und mehr Zugang zu derselben Zeit erreicht, dürfte sie der Sache der Freiheit besser dienen als jede andere.

## **Gemeinsamer Bürgerstatus und kulturelle Unterschiede können nebeneinander bestehen**

Bürgerschaft ist bisher als Frage der Schichtung behandelt worden, das heißt Privilegien und soziale Benachteiligung. Die ursprüngliche rechtliche Bedeutung hat jedoch mit Mitgliedschaft zu tun, das heißt mit der Frage, wer dazugehört und deshalb die Segnungen eines Landes genießt und wer nicht. Bei der Aufzählung der säkularen Maxime des Liberalismus ist bereits die Aussage getroffen worden, dass Bürgerschaft in diesem Sinn noch längst nicht die Norm ist. In allen Gesellschaften kämpfen wichtige Gruppen immer noch um die volle bürgerliche Teilhabe. Im Gefolge der weltweiten Mobilität sind neue Fragen aufgekomen.

Flüchtlinge und Migrant\*innen suchen Zuflucht in wohlhabenderen Ländern, doch in den meisten Fällen bleiben sie Menschen ohne Bürgerstatus. Mangels einer Weltbürgergesellschaft sind Menschen, die staatenlos sind, in vielerlei Hinsicht auch rechtlos. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der „Nansenpass“ erfunden, um diesen Menschen grundlegende Freizügigkeitsrechte zu gewähren. Seit damals sind durch internationale Übereinkünfte und durch die Praxis mancher Länder weitere Rechte für Staatenlose festgelegt worden. Eine neue Initiative zur Kodifizierung dieser Rechte könnte durchaus hilfreich sein.

Die mit Abstand wichtigste Frage in Bezug auf den Bürgerstatus betrifft jedoch die offenkundige Unfähigkeit von Menschen unterschiedlicher Rasse, Glaubensrichtung oder ethnischer Herkunft, friedlich zusammenzuleben. Heterogenität ist für Menschen schon immer schwer zu akzeptieren gewesen, doch inzwischen hat die fast allgegenwärtige Tatsache Brisanz bekommen. Beispiele



für eine erfolgreiche Verknüpfung von gemeinsamem Bürgerstatus und kultureller Andersartigkeit sind selten. Stattdessen erleben wir die gewaltsame Verfolgung von Gebietsansprüchen und in manchen Fällen Bürgerkriege. Die Herausforderung für die Liberalen ist unübersehbar und verlangt nach einer Neuformulierung der Prinzipien.

- Die Aussetzung der Bürgerrechte, um die Dominanz eines Teils der Bevölkerung über einen anderen aufrechtzuerhalten, ist niemals hinnehmbar. Wenn Heterogenität zu Gewalt führt, sind liberale Sensibilitäten gefordert, um auf Grundrechten für alle zu bestehen.
- Vielfalt bereichert die Welt. In Bürgergesellschaften kann sie für alle Früchte tragen. Im Weltmaßstab ist die Anerkennung gemeinsamer Rechte und Lebenschancen für Menschen unterschiedlicher Kulturen die einzige Hoffnung auf Frieden in Freiheit. Das Prinzip ist innerhalb der Gesellschaften in gleichem Maße anwendbar. Volle Bürgerrechte schließen kulturelle Autonomie niemals aus. Kulturelle Vielfalt innerhalb einer Gesellschaft freier Bürger ist in der Tat ein liberales Ideal.
- Demnach hat der Kampf um bürgerliche, politische und soziale Rechte Vorrang gegenüber dem Kampf um territoriale Autonomie. Es darf nicht sein, dass das menschliche Selbstbestimmungsrecht die Bürgerrechte außer Kraft setzt. Es mag Fälle geben, in denen die Teilung von Ländern oder Regionen unvermeidbar ist, doch Fragen der Freiheit lassen sich damit allein nicht lösen.

Damit soll keine Lanze für traditionelle Formen der Intervention gebrochen werden. Es geht vielmehr darum, den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen, der so oft mit der Frage nach der Zugehörigkeit von Menschen verbunden ist. Die Geltendmachung liberaler Prinzipien in Angesicht von Bürgerkriegen mag aussichtslos erscheinen, doch sie ist der einzige Weg zu langfristigen Lösungen. Viele freie Gesellschaften sind multirassische, multiethnische, multikulturelle Gesellschaften. So sollte es sein. Dies erfordert ein komplexes Gemisch aus effektiven Bürgerrechten für alle und Möglichkeiten, Unterschiede zum Ausdruck zu bringen. Gute Gesellschaften sind keine homogenen Gesellschaften, sondern Bürgergesellschaften, und Heterogenität ist ihre Stärke.

## Verfassungsliberale auf der Suche nach einer Weltbürgergesellschaft

Zeit ihrer Geschichte haben Liberale ein starkes Verfassungsinteresse bekundet. Ihr Interesse galt dem Rahmen, in dem Freiheit gedeihen kann – der Verfassung der Freiheit. Das Siedlungsgesetz (Act of Settlement) und die Grundrechtecharta (Bill of Rights), die Unabhängigkeitserklärung (Declaration of Independence) und die amerikanische Verfassung (American Constitution) sowie die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (Declaration of the Rights of Man and the Citizen) sind Dokumente, die von den Liberalen hoch geschätzt werden. Von John Locke bis zu den modernen „Verfassungsökonomern“ sind die Spielregeln ein wichtiges Anliegen liberaler Politiktheoretiker gewesen. (Dies ist ein wichtiger Unterschied zwischen Liberalen und Sozialisten: Liberale befassen sich oft primär mit Verfassungsfragen, während sich Sozialisten immer primär mit Politik befassen. Die Konservativen dagegen sind in dieser Hinsicht gespalten.) Die künftigen Aufgaben des Liberalismus umfassen notwendigerweise auch ein konstitutionelles Element.

Dies ist zum Teil eine Frage der Grundregeln, die der Gewaltherrschaft einen Riegel vorschieben. Diese Regeln sind heute in den Entwicklungsländern genauso wichtig wie in den bereits entwickelten Ländern. Insbesondere die Schwellenländer suchen mit gemischtem Erfolg nach Verfassungen, die Veränderungen ohne Revolution verheißen. Solche Verfassungen sollten zumindest die Begründung der Rechtsstaatlichkeit vorsehen und die Schaffung politischer Institutionen, die die Entlassung von Amtsträgern gestatten. Eine Verfassungsarbeitsgruppe zur Beratung all derer, die nach geeigneten Wegen in die Zukunft suchen, wäre ein nützlicher Beitrag, den Leute mit Erfahrung in diesem Bereich leisten können.

In der entwickelten Welt bedürfen zwei wichtige Fragen verfassungsrechtlicher Art der Aufmerksamkeit. Die eine betrifft die Rolle des Staates. Verschiedene Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten, darunter auch die Entstehung des Wohlfahrtsstaats, haben zu einer massiven Zunahme der Regierungstätigkeit geführt. Der „Großstaat“ war gezwungenermaßen auch ein bürokratischer Staat. So gewann die Exekutive an Größe und Macht, oftmals auf Kosten des Parlaments, und immer auf Kosten der Bürger. Die liberalen Denker, beginnend mit Max Weber, haben den bürokratischen und korporatistischen Staat als Albtraum bezeichnet. In der Tat sind zwei Gegentrends erkennbar. Bei dem einen wird versucht, dem Staat Kompetenzen im Namen der Demokratisierung zu entreißen. Das Beharren auf direkter Bürgerbeteiligung, oftmals in Verbindung mit der Organisation sozialer Bewegungen („Bürgerinitiativen“), wird zur

Einschränkung staatlicher Macht herangezogen. Sozusagen am anderen Ende haben mehrere Theoretiker für die Beschränkung der staatlichen Aufgaben auf das Wesentliche („Minimalstaat“) plädiert, und einige politische Führer haben tatsächlich begonnen, die öffentlichen Ausgaben zu senken (die meisten haben lediglich ihren Anstieg gestoppt), auf staatliche Eingriffe in wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse verzichtet und den öffentlichen Dienst konstant gehalten oder gar beschnitten.

Für die persönliche Freiheit sind dies überaus wichtige Entwicklungen.

Ohne Frage steht der „Großstaat“, unterstützt durch unentrinnbare Bürokratien und erdrückende korporatistische Arrangements mit großen Organisationen, im Widerspruch zu den Verfassungen der Freiheit. Gleichzeitig würde der auf den Schutz der Rechtsordnung und wenig mehr beschränkte Minimalstaat mit den Aufgaben des Liberalismus sowohl in puncto Angebot als auch Anrechte kollidieren. (Dies ist ebenfalls eine sehr unwahrscheinliche Aussicht, eher ein theoretisches Modell als ein politisches Ziel.) Gebraucht wird ein aktivierender Staat, der offen gegenüber den Eingaben von Bürgern und sozialen Bewegungen ist und den Einzelnen wie auch Unternehmen und Gruppierungen ermutigt, ihren eigenen Weg zu gehen, der jedoch alle Aufgaben akzeptiert, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, die vollen Bürgerrechte für alle zu garantieren.

Die andere Verfassungsfrage in der entwickelten Welt ist, wenn überhaupt, schwierig zu lösen. Sie hat etwas mit Demokratie zu tun. Die Demokratie ist das politische System, das dem Zustand der Ungewissheit entspricht, in dem wir leben. Niemand kann alle Antworten kennen; daher ist es notwendig, immer neue Möglichkeiten zu erkunden. Das bedeutet, dass einige in die Lage versetzt werden müssen, ihre Theorie auszuprobieren, doch wenn sie sich irren oder ihre Theorie für irrig erachtet wird, muss es möglich sein, sie zu entlassen. Gewählte Regierungen und Parlamente haben für diese Zwecke gute Dienste geleistet, solange es einen gesellschaftlich begründeten politischen Konflikt zwischen denen gab, deren Interesse der Aufrechterhaltung des Status quo galt, und denen, die sich Veränderungen wünschten. Das Zusammenspiel zwischen Regierung und Opposition war Teil des demokratischen Prozesses, und es fußte in gesellschaftlichen Gruppen. Die Verfassung der Freiheit funktionierte, weil sie das zum Ausdruck brachte, was als „demokratischer Klassenkampf“ bezeichnet worden ist.

Der alte Klassenkampf ist heute nicht mehr. Die überwiegende Mehrheit der Menschen in der OECD-Welt kann hoffen, ihre Lebensabsichten innerhalb der bestehenden Ordnung zu verwirklichen. Neue Probleme wie die der Umwelt

berühren alle. Die wichtigen Parteien unterscheiden sich nur in Nuancen. Auf jeden Fall ist es nicht mehr so leicht, Regierung und Opposition begrifflich abzugrenzen, ganz zu schweigen von ihren gesellschaftlichen Wurzeln. Diese Entwicklung im Verbund mit dem Korporatismus und der Bürokratisierung wirft Fragen hinsichtlich der Rolle des Parlaments, der Innovationsbedingungen und der Kontrollmöglichkeiten auf, für die es keine einfachen Antworten gibt. Manche Verfassungen wie die der Vereinigten Staaten sind möglicherweise an die neue Situation besser angepasst als andere. Im Allgemeinen aber verbleibt ein verfassungspolitisches Desideratum, mit dem sich die Liberalen selbst befassen müssen: Welche Verfassungswirklichkeit kann politischen Wandel und die Kontrolle durch das Volk sicherstellen, wenn das gewohnte Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition der Übermacht der Bürokratie im Namen der schweigenden Mehrheit gewichen ist?

In den Entwicklungsländern bedarf eine andere Thematik verfassungsrechtlicher Art der Aufmerksamkeit. Sie hängt mit der Bürgergesellschaft zusammen. Der Aufbau von Bürgergesellschaften dürfte wohl die wichtigste spezifisch liberale Entwicklungsaufgabe sein. Auf der einen Seite erfordert dies die feste Verankerung der Grundrechte. Auf der anderen Seite kommt die Bürgergesellschaft am klarsten durch die zunehmende Zahl von Intermediärinstitutionen zum Ausdruck, die den Einzelnen vor direkter staatlicher Kontrolle schützen und Möglichkeiten für die Bekundung unterschiedlicher Interessen, Ansichten und Lebensabsichten bieten. Unterstützung beim Aufbau dieser Intermediärinstitutionen kann in den Entwicklungsländern von innen und von außen kommen.

Und schließlich sind die Verfassungsliberalen überall auf der Suche nach einer Weltbürgergesellschaft. Sie unterstützen die Entwicklung des Völkerrechts und den Bau von Institutionen nicht nur als Ausdruck faktischer Interdependenz, sondern als nationalen Handlungsrahmen. Daher ist die Unterstützung von Regeln und Sanktionssystemen auf internationaler Ebene – Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, Internationaler Gerichtshof, europäisches Übereinkommen usw. – ein liberales Ziel.

## **Institutionen-Bildung ist zu einer liberalen Aufgabe geworden**

In mancher Hinsicht sind die künftigen Aufgaben des Liberalismus dieselben wie die vergangenen. Die Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte ist Dauerthema der Liberalen. In anderer Hinsicht erfordern neue Probleme neue

Lösungen auf der Grundlage anerkannter Prinzipien. Frühere Beschreibungen sind keine große Hilfe, wenn es um die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit geht. Was jedoch die zugrundeliegende Gesellschaftsvision betrifft, hat sich das Ziel nicht verändert, obwohl die Bedürfnisse von morgen erheblich von den gestrigen abweichen. Die Geschichte bleibt niemals stehen. Was zu einem bestimmten Zeitpunkt notwendig ist, um die individuellen Lebenschancen in einer Bürgergesellschaft voranzubringen, kann zu einem anderen falsch sein.

Jahrzehntelang war Liberalismus für viele gleichbedeutend mit Emanzipation. Das ist immer noch so und wird in mancher Hinsicht immer so bleiben; schließlich bezeichnet das lateinische Wort *emancipatio* die Entlassung von Menschen aus externer (genau genommen: väterlicher) Gewalt, also eine Art Befreiung. Emanzipation von traditioneller Abhängigkeit, von Benachteiligung und Diskriminierung, von willkürlicher Gewalt, bleibt ein leidenschaftliches Anliegen der Liberalen überall auf der Welt. Keiner der folgenden Aspekte kann dieser Tatsache Abbruch tun.

Die Erfahrungen in Europa und Nordamerika weisen jedoch darauf hin, dass der Emanzipationsprozess einen Punkt erreichen kann, an dem die normativen Grundlagen der Gesellschaft infrage gestellt werden. Falls und wenn das geschieht, leidet die Zuverlässigkeit der sozialen Beziehungen mitsamt dem Zusammenhalt von Gruppen und Personen, und den Menschen fällt es immer schwerer, ihrem Leben einen Sinn zu geben.

Menschen sind soziale Wesen. Sie können sich nur im Verhältnis zu anderen definieren. Sie können ihre Ziele nur in Gesellschaft anderer verfolgen. Sie können die Welt nur mit und für andere kultivieren. Es bedarf eines sozialen Vertrags, der Normen festlegt und Übertretern mit Sanktionen droht. Wir brauchen Institutionen, um die Freiheit voranzubringen.

Das ist nicht neu, doch eine erneute Bekräftigung lohnt sich nach einer Phase (d. h. in den sechziger und siebziger Jahren), in der der Abbau von Institutionen die Folge einer immer weiter um sich greifenden öffentlichen Stimmung war, die viele mit dem Liberalismus in Verbindung gebracht haben. Liberale reagieren empfindlich auf die unbedachte und mechanische Verwendung von Begriffen wie Recht und Ordnung. Polizei und Gefängnisse sind kein Ersatz für Selbstdisziplin und anerkannte Normen, doch der Prozess der „Liberalisierung“ des Strafrechts und der Strafjustiz hat zeitweise zu einer Vernachlässigung des Gedankens der Eigenverantwortung zugunsten der sozialen Verursachung geführt und als Folge davon zu einer mangelnden Bereitschaft, Normen durchzusetzen, die eine unverzichtbare Grundlage zivilisierten Daseins sind. Ein Denkbild der

Bürgergesellschaft ist in Mode gekommen, in dem diese dem Staat, seinem Gewaltmonopol und dem ihm obliegenden Schutz der normativen Spielregeln entgegengestellt wird. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist es wichtig, dass ein bürgerschaftliches Konzept bestätigt wird, das Gesetze und die Organisation des Gesetzesvollzugs einschließt.

Auch andere Institutionen haben Schaden genommen. So z. B. die Familie, lokale Gemeinschaften, Glaubensgemeinschaften, ja sogar Sitten und Gebräuche bei der Begehung feierlicher Anlässe und Verhaltensregeln. Es ist unwahrscheinlich und möglicherweise unerwünscht, dass sie in ihrer alten Form wiederhergestellt werden. Doch der sich abzeichnende Zustand der Anomie oder Normlosigkeit in manchen entwickelten Ländern ist auf Dauer nicht tragbar. Er führt zu Orientierungslosigkeit, Unsicherheit und Leere sowie zu situativer Gewalt, Kriminalität und Drogen. In der Tat sind viele der beunruhigenden Fluchtmechanismen der vermeintlich modernen Welt einschließlich der unechten Glücksgefühle als Produkt von Drogenkonsum und Fernsehpredigern Reaktionen auf anomische gesellschaftliche Verhältnisse. Daher ist das Institutionen-Bauen zu einer zentralen Frage unserer Zeit geworden.

Wie baut man Institutionen? Der Begriff ist irreführend, denn er unterstellt die bewusste Tätigkeit des Konstruierens. In Wirklichkeit ist Institutionen-Bildung ein ständig fortlaufender Prozess. In den Zwischenräumen der Bürokratie haben die Menschen begonnen, sich in durchaus effektiver Weise um andere und um ihre eigenen Interessen zu kümmern. Insbesondere die Sozialpolitik könnte ohne diese Initiativen nicht funktionieren. In ihrem Fall ist die staatliche Einflussnahme eher bedrohlich als hilfreich. Es bedarf jedoch gewisser Schritte derer, die Verantwortung tragen. Institutionen zu bauen bedeutet in vielen Fällen, Gründe dafür zu nennen, weshalb Gesetze und Organisationen überhaupt da sein müssen. Die Menschen müssen sie verstehen, um sie zu akzeptieren. Dies ist eine der verschiedenen moralischen Aufgaben der politischen Arbeit.

Somit ist klar, dass Institutionen mehr sind als Gesetze. Man könnte argumentieren, dass die Flut der von unseren Parlamenten erlassenen Gesetze selbst zur institutionellen Desorientierung beigetragen hat. Institutionen sind in den Köpfen der Menschen und vor allem in ihrem Alltagsverhalten verankerte Normen. Sie sind anerkannte Normen, die begründet werden können und die beachtet und durch Sanktionen und Sanktionierungsinstanzen geschützt werden. In diesem Sinne sind Institutionen das eigentliche Herzstück der Zivilisation.

Wünschen wir uns wirklich eine Beteiligung der politischen Parteien an diesem Prozess? Die Antwort lautet ja, denn sie kennen ihre Grenzen. Schließlich

sind Politiker deutlich sichtbare, repräsentative Akteure. Sie können für ihre Gesellschaften Akzente setzen, und ihre Haltung gegenüber den Institutionen ist fester Bestandteil dieser Akzentsetzung.

Darüber hinaus gibt es praktische Möglichkeiten, mit Normen und Sanktionen umzugehen. Zwischen mechanistischer Befolgung und angstvoller Verachtung gibt es eine vertrauensvolle, unhysterische und dennoch konsequente und verlässliche Anwendung der Gesetze und ihrer Sanktionen, die ihrerseits als Institutionen-Bauen bezeichnet werden könnte. Bedeutende Richter werden mit Recht als beispielgebend gepriesen. Außerdem können die Regierungen eine Politik verfolgen, die Raum lässt für ein unabhängiges und selbsttätiges Institutionen-Bauen. Aus Verfassungssicht ist dies der wichtigste Aspekt der Reform des Wohlfahrtsstaats. Er erfordert selbstverleugnende Zurückhaltung aufseiten der Minister, die in der Tradition erzogen wurden, dass eine Regierung alles tun kann und soll.

Die gesellschaftliche Vision, die sich aus der Agenda dieser Schrift ergibt, ist keine Utopie, da sie kein statisches System ist. Es gibt keinen Fall, in dem der Liberalismus vollständig realisiert worden ist. Liberalismus ist ein fortlaufender Prozess – der Prozess, durch den Menschen neue Lebenschancen für weitere Menschen erkunden. Ab und zu braucht dieser Prozess neue Impulse, um frischen Schwung zu bekommen. Liberalismus ist stets ein Ideenkomplex gewesen, der über die Grenzen der einzelnen Parteien hinwegreicht. Die vorliegende Agenda wurde nicht als Programm einer bestimmten Partei konzipiert. Außerdem ist davon auszugehen, dass einige Parteien, die sich liberal nennen, die Agenda teilweise ablehnen werden, während andere mit ganz anderen Namen ihre Absichten darin wiederfinden. Den „Perfect Match“ von Ideen und Organisationen gibt es nicht. Die in dieser Schrift dargelegten Ideen können jedoch eine Antwort auf zwei Fragen geben: den gedankenlosen Pragmatismus und den neuen Dogmatismus unserer Zeit. Das Ziel sind individuelle Lebenschancen, und die Methode ist die Bürgergesellschaft.











## **PositionLiberal**

Positionspapiere des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Weitere Publikationen unter [www.libinst.de](http://www.libinst.de)

- [100] Gérard Bökenkamp  
DAS INTERNET ZWISCHEN DATENSCHUTZ UND INFORMATIONSFREIHEIT
- [99] Bodo Herzog  
HAUSHALTSLÖCHER UND STEUERENTLASTUNGEN – WAS IST ZU TUN?
- [98] Monika Reinsch (2011)  
HOCHBEGABUNG IM VORSCHULALTER
- [97] Gérard Bökenkamp (2010)  
DIREKTE DEMOKRATIE – GESCHICHTE, ENTWICKLUNGEN UND PERSPEKTIVEN FÜR DIE  
BUNDESREPUBLIK
- [96] Marie Popp, René Sternberg (Hrsg.)  
LEUCHTTÜRME DER DEUTSCHEN SCHULLANDSCHAFT
- [95] Alexander Wimmer (2010)  
RISIKEN UND CHANCEN DER DEUTSCHEN KRANKENVERSICHERER IM  
INTERNATIONALEN VERGLEICH
- [94] Kerstin Funk (2010)  
KERNPROBLEME DES GESUNDHEITSWESENS IN INDUSTRIELÄNDERN
- [91] Harald Bergsdorf (2010)  
DIE KULTUR DER FREIHEIT ARGUMENTATIV VERTEIDIGEN LIBERALE GESELLSCHAFT  
GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND ANDERE FREIHEITSFEINDE
- [89] Charles B. Blankart (2009)  
AUTONOMIEPRINZIP UND VERWALTUNGSPRINZIP  
ZWEI ANSÄTZE EINER GEMEINDEORDNUNG
- [88] Martin T.W. Rosenfeld (2009)  
FINANZIERUNG KOMMUNALER AUFGABEN – ÖKONOMISCHE PRINZIPIEN, MODERNE  
HERAUSFORDERUNGEN UND INSTITUTIONELLE GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN
- [87] Robert Nef (2009)  
GEMEINDEAUTONOMIE, DIREKTE DEMOKRATIE UND STEUERWETTBEWERB  
IN DER SCHWEIZ
- [86] Fred E. Foldvary (2009)  
DIE PRIVATE BEREITSTELLUNG ÖFFENTLICHER GÜTER  
VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT DES KOMMUNALEN LIBERALISMUS
- [85] Immo H. Wernicke (2009)  
FINANZKRISE – KRISE DER AMTLICHEN STATISTIK?  
KRITIK AN STAATLICHER BERICHTERSTATTUNG ZUR LAGE VON WIRTSCHAFT UND  
FINANZMÄRKTEN IM KRISENJAHR 2008
- [83] Jakob von Weizsäcker (2009)  
HOHER ZAUN UND ENGE PFORTE?  
PRIORITÄTEN FÜR DIE EUROPÄISCHE MIGRATIONSPOLITIK
- [81] Sibylle Laurischk (2009)  
WIE LIBERAL SIND DIE DEUTSCHEN ZUWANDERUNGSREGELUNGEN?
- [80] Detmar Doering (2009)  
RECHTSSTAAT UND WIRTSCHAFTLICHE FREIHEIT
- [79] Tom G. Palmer (2009)  
ZWANZIG MYTHEN ÜBER MÄRKTE
- [77] Susanne Maria Schmidt/Olaf Steglich (2009)  
AUS GEGEBENEM ANLASS – ODER WARUM DIE ORDNUNGSPOLITIK DAS EINZIGE  
HEILMITTEL FÜR DIE FINANZMÄRKTE IST
- [76] Steffen Hentrich (2009)  
IN GUTEN HÄNDEN? UMWELTSCHUTZ ALS STAATSAUFGABE